

Ein ungeeigneter Weg für ein gutes Ziel

Autor(en): **Merki, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **64 (1977)**

Heft 14-15: **Kleinere Schulklassen : Rückblick auf einen Abstimmungskampf**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-532258>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein ungeeigneter Weg für ein gutes Ziel

Martin Merki

Die VPOD-Initiative für den Abbau der Klassenbestände an den Volksschulen visiert ein Ziel an, das durchwegs als erstrebenswert anerkannt wird. Das ist das Komische an dieser Auseinandersetzung. Während sonst meistens bei Abstimmungen das Ziel selber umstritten ist, dreht sich die Auseinandersetzung hier lediglich um den Weg und das Tempo, um dieses zu erreichen.

Das Ziel lautet, an den Volksschulen die mittlere Klassengrösse um die 25 Schüler einpendeln zu lassen. Damit ein solcher Durchschnittswert möglich ist, muss das gesetzlich mögliche Maximum natürlich etwas höher sein. Den besten Beweis dafür liefert nämlich die Oberstufe der Volksschule im Kanton Luzern selber: Bei einem bisherigen gesetzlichen Maximum von 32 Schülern lag der durchschnittliche Klassenbestand im Schuljahr 1975/76 unter 25 Schülern. Nun aber schreibt die Initiative zwingend vor, dass Klassen mit mehr als 26 Schülern getrennt werden müssen. Und es ist nichts anderes als diese tiefe und starre Fixierung, die zum Schlusse führen muss, dass der vorgeschlagene Weg nicht ganz klug gewählt ist. Wäre die Initiative in dieser Beziehung etwas flexibler, hätte sie alle Chancen einer breiten, über alle parteipolitischen Schranken hinweggehenden Zustimmung gehabt. So aber schießt sie einfach über das Ziel hinaus. Denn bevor wir uns einen durchschnittlichen Klassenbestand von rund 20 Schülern leisten können – was die Folge des gesetzlichen Maximums von 26 wäre –, sind noch andere bildungspolitische Anliegen zu erreichen. Zum Beispiel in der Berufsbildung.

Ungeduldig sind die Initianten überdies

auch noch. In der wichtigen Frage der Klassenbestände muss man sich folgendes vor Augen halten: Die geburtenstärksten Jahrgänge (1964) treten jetzt bereits in die Oberstufe über, wo der durchschnittliche Bestand bereits abgebaut wurde. Bei gleichbleibender Klassenzahl sinkt er damit ganz von selbst und kontinuierlich auf die angestrebte Grösse. Nun wird gerade aus dieser Tatsache gefolgert, dass man also der Initiative getrost zustimmen könne. Das ist ein Trugschluss, weil die starre Formel der Initiative zwingend Klassentrennungen bei 27 und 28 Schülern vorschreibt. Die einzige Ausnahme nach der Übergangszeit wäre mangelnder Schulraum. Aber bis zu jenem Zeitpunkt wird nirgends mehr mangelnder Schulraum geltend gemacht werden können. Die Jahrgänge der siebziger Jahre werden sich in den Schulhäusern, die den Geburtenberg der frühen sechziger Jahre aufzunehmen hatten, breit machen können.

Nur eine Minderheit der Luzerner Lehrerschaft empfiehlt die Initiative zur Annahme. Ist das nicht das beste Zeichen dafür, dass hier nicht ein bildungspolitisches Anliegen grundsätzlich zur Diskussion steht, sondern nur ein Weg zu seiner Verwirklichung? Und weil es ein zu radikaler Weg ist, wird man ihm in dieser Form die Zustimmung versagen. Es ist auch völlig verfehlt, den Gegnern dieser Initiative Rückständigkeit oder gar Bildungsfeindlichkeit vorzuwerfen, wie das vereinzelt geschehen ist. Höchstens der Vorwurf des politischen Masshaltens, der Politik der angemessenen kleinen Schritte wäre zutreffend. Aber ist denn das im Augenblick eine derart unvernünftige Haltung?

aus «Vaterland» Nr. 132

Politischer Entscheid

Heinz Eckert

Die Initiative für kleinere Schulklassen der Sozialdemokraten hat im Kanton Zug keine Gnade gefunden. Die Argumente der Initianten waren zwar derart, dass sie zumindest

von allen Eltern hätten aufgenommen werden müssen, zum Wohle ihrer Kinder. Das deutliche Resultat kann deshalb nur als politischer Entscheid gewertet werden. Die In-